



In dieser Ausgabe:

Kommunale Mobilitätswende: Verkehrsversuche, StVO und der Blick nach Frankreich

Ein PKW nimmt im Verkehr viermal so viel Platz ein wie ein Fahrrad. Wie gelingt es, Verkehrsflächen umzuverteilen und die Radverkehrsinfrastruktur auszubauen? Anna Hüncke zeigt am Beispiel der Stadt Marburg, vor welchen rechtlichen Herausforderungen Kommunen in Deutschland stehen und über welche Handlungsspielräume Kommunen in Frankreich verfügen.

➔ Zum Lesen S. 2

Macht der Maßstab die Masse? Quartiersansätze für Sanierung und Wärmeversorgung

Immer mehr deutsche Städte wollen ihre ambitionierten Klimaziele über die Quartiersebene umsetzen. So packen Chemnitz und München die energetische Sanierung von Häusern und deren erneuerbare Wärmeversorgung gezielt in ausgewählten Quartieren an. Thomas Spinrath schaut auf den Stand der Umsetzung und fragt, wie es gelingen kann, von Pilotquartieren in die Breite zu kommen.

➔ Zum Lesen S. 4

Ganzheitliche Energiewende in ländlichen Räumen

Frankreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Einige Gebietskörperschaften sind jedoch entschlossen, nicht so lange zu warten. Sie wollen energiepositiv werden (frz.: territoires à énergie positive, kurz: TEPOS), also mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Arthur Frantz berichtet von einem Treffen des TEPOS-Netzwerks in der französischen Gemeinde Pomeys.

➔ Zum Lesen S. 6

Neuigkeiten vom Deutsch-Französischen Zukunftswerk

Gilles de Margerie blickt auf seine Erfahrungen als Direktor des französischen Sekretariats des Zukunftswerks seit dessen Start 2020 zurück.

Zwischen Verkehrsregelwerk und temporären Experimenten im Stadtraum: Welche Stellschrauben können Kommunen nutzen, um nachhaltige Mobilität zu fördern?

Der Quartiersansatz in München zielt darauf ab, energetische Sanierungen zu beschleunigen und Klimaziele schneller zu erreichen. Welche Faktoren bestimmen den Erfolg bei der Skalierung?

In Frankreich weisen die „Territoires à Énergie Positive“ (TEPOS), Gebiete mit positiver Energiebilanz, den Weg zur lokalen Klimaneutralität.

Bonne lecture ! – Viel Spaß bei der Lektüre!

Gilles de Margerie: Ein Dialog an der Schnittstelle der gesellschaftlichen Veränderungen in beiden Ländern

Gilles de Margerie im Gespräch



Crédit photo : Nadine Stegemann

Seit 2018 steht Gilles de Margerie als Generalkommissar an der Spitze von France Stratégie, einem Think-Tank der französischen Regierung und dem Pariser Standort des Deutsch-Französischen Zukunftswerks. Seit der Gründung des Zukunftswerks 2020 ist er dessen französischer Co-Direktor. Im Gespräch mit seinem deutschen Amtskollegen Prof. Dr. Frank Baasner zieht er am Ende seiner Amtszeit eine Bilanz.

➔ Zum Lesen S. 9

Temporäre Verkehrsversuche, Straßenverkehrsordnung und Code de la rue: Wie können Kommunen die Mobilitätswende beschleunigen?

Ein PKW nimmt im Verkehr viermal so viel Platz ein wie ein Fahrrad. Wie gelingt es, Verkehrsflächen umzuverteilen und die Radverkehrsinfrastruktur auszubauen? Das Beispiel Marburg zeigt, vor welchen rechtlichen Herausforderungen Kommunen bei der Mobilitätswende stehen. Der Blick nach Frankreich bietet erste Lösungsansätze.



Foto: Dominik Werner

21.11.2023

Von Anna Hüncke

Übersetzung ins Französische von Marie Millot-Courtois und Marion Davenas

Mit dem Mobilitätskonzept MoVe35 will Marburg den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) bis 2035 halbieren und den Anteil des Umweltverbundes (Fuß-, Fahrrad- und ÖPN-Verkehr) um etwa 30 Prozent erhöhen. Damit das gelingt, will die Stadt unter anderem Anreize schaffen, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen.

Die Strecke Marbacher Weg / Emil-von-Behring-Straße gehört zu jenen Abschnitten, die die Stadt Marburg sicherer und attraktiver für Radfahrer:innen machen möchte. Diese schmale, stark befahrene Straßenverbindung schlängelt sich vom Stadtzentrum Marburg hoch auf die Lahnberge zu einem der größten Arbeitgeber der Stadt, dem Pharmastandort Behringwerke. Sie soll nun an das städtische Radverkehrsnetz angeschlossen werden. Aus Platzmangel und wegen der topographischen Lage kann die Stadt hier aber keinen gesonderten und richtlinienkonformen Radweg bauen. Radler:innen müssen auf der verkehrsreichen Straße fahren, ein gefährliches Unterfangen!

Um die Straße für Radfahrer:innen attraktiver zu machen, wäre ein Tempolimit eine Alternative. Aber hier sind Marburg die Hände gebunden: Denn nach derzeit geltendem Straßenverkehrsgesetz und aktueller Straßenverkehrsordnung darf die Stadt auf dieser Straße, die in die Zuständigkeit des Landes Hessen fällt, nicht einfach Tempo 30 anordnen. Eine solche Regelung wäre nur möglich, wenn dadurch einer

nachweislichen Gefahrenlage begegnet würde, etwa wenn sich hier ein Unfallschwerpunkt befände. Oder wenn eine starke Lärmbelastung über 70/60 dB(A) – vergleichbar mit einem Staubsauger – vorläge. Das Sicherheitsbedürfnis von Radfahrenden oder der dringende Wunsch der städtischen Radverkehrsplaner:innen reichen als Begründung nicht aus.

Verkehrsversuche als Lösung mit direktem Effekt

Die Anordnung eines Verkehrsversuchs bietet jedoch die Chance, zeitnah eine Geschwindigkeitsreduktion für den Autoverkehr herbeizuführen. In Abstimmung mit der für die Durchgangsstraße zuständigen Landesbehörde beschloss die Stadt Marburg ein Tempolimit von 30km/h als Verkehrsversuch. Aus Sicht der Stadtverwaltung verbessert sich die Situation der Radfahrenden durch dieses Tempo-30-Limit, kombiniert mit einem verhängten Überholverbot. Denn wenn Tempo 30 vorgeschrieben und Überholen aufgrund der Straßenbreite oder anderer Beschränkungen nicht möglich ist, darf der Radverkehr nach geltender Straßenverkehrsordnung die gesamte Fahrspurenbreite nutzen. Es muss kein eigener Radweg ausgewiesen werden.

Einen weiteren Vorteil des Tempolimits und des Überholverbots sieht Marburg in der Reduktion von Emissionen, was den Klimaschutzzielen der Stadt Marburg entgegenkommt. Das Tempo-30-Limit entspricht auch den Zielen der „Tempo-30-Städteinitiative“ (S. 2, Juli 2021), die der Marburger Oberbürgermeister Dr. Spies unterzeichnet hat: „Straßen werden wesentlich sicherer, gerade für die besonders Gefährdeten, die mit dem Fahrrad unterwegs“ sind.

Marburg ist hier keineswegs eine Ausnahme. Auch andere deutsche Kommunen führen Verkehrsversuche durch, um Maßnahmen zur Mobilitätswende auf den Weg zu bringen. So sah auch München in einem Verkehrsversuch die Chance, schnell einen Pop-Up-Radweg in der Elisenstraße nahe dem Hauptbahnhof einzurichten.

Grenzen durch zeitliche Befristung

Aber Verkehrsversuche sind in Deutschland zeitlich befristet. So ist der Marburger Verkehrsversuch, der seit Sommer 2021 läuft, auf drei Jahre begrenzt. Eine Verstetigung ist ungewiss. In München konnte der Pop-up-Radweg auf der Elisenstraße zwar in eine Dauerlösung überführt werden, jedoch mit erheblichem Personalaufwand. Denn zum einen muss die Münchener Verwaltung dafür sorgen, dass ihr Verkehrsversuch nach §45 der StVO wissenschaftlich evaluiert wird, und eine öffentliche Beteiligung zum Verkehrsversuch organisieren. Zum anderen erfordert die Überführung einer temporären Lösung in eine Dauerlösung eine erweiterte Planung. In München mussten beispielsweise gelbe Markierungen, die für den Verkehrsversuch auf der Straße aufgebracht worden waren, durch weiße Farbe ersetzt werden. Inzwischen ist beschlossen, einen baulich abgetrennten Radweg auszuweisen, was weiteren Planungsaufwand und die Bindung personeller Ressourcen bedeuten würde.

Französisches Vorbild: Mehr kommunale Handlungsfreiheit im Verkehrsbereich

Wie kann die deutsche Regierung Kommunen wie Marburg und München unterstützen, damit die Mobilitäts-Transformation gelingt? Das Beispiel Frankreich könnte weiterhelfen. Hier haben Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit in der Verkehrspolitik. Seit Mitte der 2000er-Jahre wird mit der Initiative *Code de la rue* das französische Straßenverkehrsrecht so weiterentwickelt, dass es leichter für die Städte ist, eine sichere, entspannte und nachhaltige Mobilität umzusetzen. Kommunen können zum Beispiel selbst flächendeckend Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einführen. Inspiriert vom französischen *Code de la rue* und dem französischen Mobilitätsorientierungsgesetz sollte der Bund die rechtlichen Hemmnisse für die Flächenumverteilung zugunsten einer sicheren aktiven Mobilität auf kommunaler Ebene abbauen. Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sollten – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – im Straßenverkehrsgesetz (StVG) als Ziele verankert und denen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gleichgesetzt werden. U.a. sollten Kommunen eigenständig Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit dort anordnen dürfen, wo sie es für sinnvoll erachten, und zwar zeitlich unbefristet.

Hörteipp:

- In Buxtehude wurde 1983 die erste Tempo-30-Zone Deutschlands eingeführt. Klimaschutz spielte damals noch keine Rolle. Ein Rückblick im [Deutschlandfunk](#).

Entsteht im Quartier die Stadt von morgen?

Immer mehr Städte wollen auf Quartiersebene ihre ambitionierten Klimaziele besser umsetzen. Die Erfahrungen aus Chemnitz und München zeigen, wie lokal angepasste Konzepte für energetische Sanierung und erneuerbare Wärmeversorgung gelingen können. Es gilt nun, von einzelnen Pilotquartieren stärker in die Breite zu kommen.



Energetisch saniertes Wohngebäude in München-Neuaubing-Westkreuz | Foto: Dominik Parzinger

21.11.2023

Von Thomas Spinrath

Übersetzung ins Französische von Marie Millot-Courtois und Marion Davenas

Vielstöckige, langgezogene Gebäuderiegel aus den 1960er- und 1970er-Jahren prägen das Stadtbild im Münchner Stadtteil Neuaubing-Westkreuz. Vor zehn Jahren hatten viele der Gebäude schlecht gedämmte Fassaden, alte Fenster und eine überwiegend fossile Energieversorgung. 2013 fiel dann der Startschuss für ein energetisches Quartierskonzept im damaligen Sanierungsgebiet. Die Landeshauptstadt erstellte, gefördert vom KfW-Programm 432 *Energetische Stadtsanierung - Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier*, ein integriertes Konzept, welches neben der sozial verträglichen Sanierung auch den Ausbau von Mobilitätsstationen vorsah. Um Schwung in die Umsetzung zu bekommen, investierte die Stadt München ab 2016, gefördert vom EU-Programm *Smarter Together*, rund 20 Millionen Euro in das Quartier sowie das angrenzende Freiham. Seitdem ist es gelungen, Neuaubing-Westkreuz zu einem energetischen

Vorzeigequartier in München umzubauen. Wie konnte diese Transformation des Gebäudebestands gelingen?

Anstoßwirkung im Quartier

Die Herausforderung in Neuaubing-Westkreuz war, dass die Wohnungen vielen einzelnen Wohnungseigentümergeinschaften gehören. Da Kommunen ordnungsrechtlich in Bestandsquartieren kaum eingreifen können, gilt es die einzelnen Eigentümer:innen zu motivieren und in der Akquise von Fördermitteln zu unterstützen. Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist die Sanierung eines neunstöckigen Gebäuderiegels einer Wohnungseigentümergeinschaft im Quartier. Eine Hausgelderhöhung konnte vermieden werden, weil die Sanierungsmaßnahmen Photovoltaikausbau und Gebäudedämmung kombinierten. Zudem beriet die Landeshauptstadt beim geschickten Fördermitteleinsatz. „Eigentlich werden Sanierungsmaßnahmen finanziell von der Landeshauptstadt, von Freistaat und Bund gefördert“, erläutert Denise Kirchner, die im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt den Klimaquartiersansatz betreut. „Wir müssen den Menschen vor Ort jedoch durch den Förderdschungel helfen“, betont die Stadtplanerin.

Das Vorbild des ersten Gebäuderiegels regte in der Folge weitere Wohnungseigentümergeinschaften an, ebenfalls eine Sanierung zu beginnen. Insgesamt stieg die Sanierungsrate im Stadtteil von 1,95 Prozent im Jahr 2014 auf 3,60 Prozent im Jahr 2020. Das bedeutet im Zeitraum von 2016 bis 2021 mehr als 42.000m² energetisch sanierte Wohnfläche. Dr. Tilman Hesse forscht am Öko-Institut und war an der Studie „Klimaneutralität München 2035“ für die Stadt München beteiligt. Er bewertet den Quartiersansatz in Neuaubing-Westkreuz als richtungsweisend für eine Großstadt: „Das Klimaquartier zeigt den Vorteil der Größenordnung Quartier: Wir können beobachten, dass eine erfolgreiche Sanierung ins Quartier ausstrahlt und andere Eigentümer:innen zur Sanierung motiviert.“

Nachhaltige Wärmeversorgung im Quartier

Ortswechsel nach Sachsen. Die lokale Wärmewende im Chemnitzer Stadtteil Brühl illustriert einen weiteren Grund, warum der Fokus auf die Quartiersebene auch für die klimaneutrale Wärmeversorgung erfolgsversprechend ist. Die Umstellung von Wärmenetzen auf erneuerbare Wärmequellen erfordert ein Umdenken in der Infrastruktur. Die Wärmeversorgungsleitungen im Gründerzeitviertel Chemnitz-Brühl unweit des Hauptbahnhofes wurden daher vom stadtweiten Fernwärmenetz abgetrennt und in ein modernes Niedertemperaturwärmenetz umgebaut. Durch den Umbau in ein LowEx-Wärmenetz auf Quartiersebene kann ein Teil der Wärme seit 2016 aus Solarthermie gewonnen werden, welche an einen Wärmespeicher gekoppelt ist.

Zusätzlich erforderte die regenerative Wärmeversorgung die Sanierung des historischen Gebäudebestandes. Aus diesem Grund erstellte die Stadt Chemnitz zusammen mit der Technischen Universität und dem lokalen Energieversorger ein energetisches Quartierskonzept. Das Bundesförderprogramm *Energetische Stadtsanierung* förderte genauso wie in München-Neuaubing-Westkreuz finanziell die Konzepterstellung und Sanierungsberatung. Für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen erhielt die sächsische Stadt außerdem Mittel aus dem Städtebauförderprogramm *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren*. Mit den Worten „kluges Kombinieren“ beschreibt Grit Stillger, die Abteilungsleiterin Stadterneuerung im Stadtplanungsamt der Stadt Chemnitz, diese Vorgehensweise. Bis 2022 gelang es, 90 Prozent des Gebäudebestands energetisch zu sanieren und den Leerstand in Brühl von 90 auf 10 Prozent zu senken.

Das Zukunftswerk fragt: Wie von Pilotprojekten in die Breite kommen?

Die beiden Beispiele aus München und Chemnitz zeigen, wieso Städte gerade auf Quartiersebene den Anstoß geben können, den Gebäudebestand fit für die Zukunft zu machen. Bisher beschränkt sich der Ansatz wie in vielen anderen Städten in Deutschland jedoch auf einzelne Pilotquartiere. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) begleitete mit seiner Forschung zwischen 2018 und 2022 Quartiersansätze in zahlreichen deutschen Städten, die durch das Bundesförderprogramm *Energetische Stadtsanierung* unterstützt wurden. Die Begleitforschung zieht nach vier Jahren die Schlussfolgerung, dass nun Städte vor der wichtigen Aufgabe stehen, den Ansatz in der Breite zu etablieren: „Die Realisierung zentraler Maßnahmen, etwa der Umbau der Wärmeversorgung, nimmt in vielen Fällen Zeiträume von bis zu

zehn Jahren in Anspruch. Um den Zielhorizont der Klimaneutralität erreichen zu können, ist es deshalb wichtig, jetzt mit der Konzeptentwicklung in der Breite zu beginnen und alle Möglichkeiten zur Verbreitung des Quartiersansatzes auszuschöpfen.“

Auch in Frankreich stoßen die Erfahrungen aus Chemnitz und München auf großes Interesse. Dies zeigte sich während des Auftakttreffens des Deutsch-Französischen Zukunftswerks am 18. und 19. Oktober mit französischen und deutschen Kommunen in Berlin. Das Zukunftswerk wird daher durch vertiefte Peer-Dialoge zwischen kommunalen Vertreter:innen genauer hinschauen: Unter welchen Voraussetzungen lässt sich der Quartiersansatz von Pilotquartieren auf eine ganze Stadt skalieren? Welche Elemente des Ansatzes können Vorbildfunktion für französische Kommunen haben?

Eintauchen in die Welt der energiepositiven Gebiete

Frankreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Einige Kommunen sind jedoch entschlossen, nicht so lange zu warten: Sie setzen bereits jetzt auf energiepositive Gebiete (frz.: territoires à énergie positive, kurz: TEPOS). Diese Gebiete produzieren mehr Energie, als sie verbrauchen und zeigen Wege zu einer lokalen Klimaneutralität auf.



Das Ökoquartier von Meys, das während des TEPOS-Treffens vom 26. bis 28. September 2023 in dem Gemeindeverband Communauté de communes des Monts du Lyonnais besichtigt wurde | Foto: AFR

15.11.2023

Von Arthur Frantz

Aus dem Französischen übersetzt von Annette Kulzer

In einem nationalen Netzwerk unter der Leitung des französischen Netzwerks für die Energiewende *CLER – Réseau pour la transition énergétique*, vereinen sich Gebietskörperschaften,

Verbände und Energiegenossenschaften, die sich gemeinsam für den energiepositiven Ansatz stark machen. Vom 26. bis 28. September 2023 trafen sich deren Vertreter:innen bei einer landesweiten Zusammenkunft, den dreizehnten *Rencontres Nationales TEPOS*, im französischen Gemeindeverband *Communauté de Communes des Monts du Lyonnais* – genauer gesagt in dem kleinen Ort Pomeys. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk nutzte die Gelegenheit, um diesen Ansatz, der auf regionalen Erfahrungen aufbaut, genauer zu untersuchen und erfolgreiche Initiativen näher kennenzulernen.

Gemeinschaftliches Lernen und weitere Einflussmöglichkeiten

In ihrem Grußwort an die Teilnehmenden des *TEPOS*-Treffens betonte die französische Ministerin für Energiewende, Agnès Pannier-Runacher: „Wir brauchen ein Netzwerk lokaler Akteur:innen in allen Teilen unseres Landes, um Umweltschutz und Energiewende in die Realität umzusetzen.“ Die über 400 Interessierten brachten konkrete Erfahrungen, bewährte Praktiken und wichtige Fragen mit, die die drei Arbeitstage füllten.

Das Programm umfasste Konferenzen zu aktuellen Themen wie Energieeinsparung und Bekämpfung der Energiearmut, ebenso wie Workshops zu technischen Fragen. Diese jährlichen Treffen dienen nicht nur dem Erfahrungsaustausch, sondern auch dazu, Herausforderungen und Hebel auf lokaler Ebene zu identifizieren. Dies hilft dabei, einen politischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, der regionale Initiativen für die Energiewende begünstigt. Die gemeinsam erarbeiteten Beiträge fließen unter anderem in die Beratungstätigkeiten des *CLERe* auf nationaler Ebene ein. Außerdem unterstützt der *CLERe* das Netzwerk das ganze Jahr über durch Onlinesitzungen, thematische Arbeitsgruppen, Schulungen und andere innovative Weiterbildungstools.

Während des Mittagessens trafen sich die Mitglieder des Zukunftswerks mit der Delegation aus Loos-en-Gohelle, einer französischen Partnerkommune aus dem ersten Arbeitszyklus. Die Vertretungen der Verwaltung von Loos setzen sich für eine umfassende sozial-ökologische Transformation ein, die durch eine partizipative Kulturpolitik vorangetrieben wird. Daher nahmen sie im Anschluss an einem Workshop über die Narrative des Wandels teil, die für die Partizipation von Bürger:innen und eine verbesserte Akzeptanz der Bevölkerung unerlässlich ist. Die Kommune war von dem Potenzial des *TEPOS*-Netzwerks, Wissen zu lokalen Transformationen in großem Maßstab zu teilen und zu verbreiten, begeistert, und beschloss, das nächste Treffen im Jahr 2024 auszurichten.

Energiepositive Gebiete: ganz konkret

Der Gemeindeverband *Communauté de Communes des Monts du Lyonnais* im Département Pas-de-Calais hat ebenfalls erkannt, welche Bedeutung diese Treffen für die Region im Wandel haben. Daher organisierte er im Jahr 2023 eine Reihe von Vor-Ort-Besichtigungen, um die Eigenschaften eines energiepositiven Gebiets ganz konkret erfahrbar zu machen.

Im Dorf Meys zieht besonders die neue Schule die Aufmerksamkeit auf sich: Sie überragt ein Ökoquartier mit Sozialwohnungen, deren Dächer mit glänzenden Photovoltaikmodulen bedeckt sind. Zudem sind sie mit großzügigen Fensterfronten und einem Ausblick auf die Hügellandschaft *Monts du Lyonnais* ausgestattet, hinter der gerade die Sonne untergeht. Das Schulgebäude ist so konzipiert, dass es durch sein begrüntes Dach einerseits für ein angenehmes Raumklima sorgt und gleichzeitig die Energiekosten der Kommune minimiert.

Neben der Energieeffizienz wurden auch grundsätzliche Verhaltensweisen der Einwohner:innen überdacht. Die Kurzparkzone wurde durch einen sicheren, begrünten Fußweg, der bis zum Eingang der Schule führt, ersetzt, um die Nutzung des Autos auf kurzen Strecken zu reduzieren und sanfte Mobilität zu fördern. Sparsamkeit, Energieeffizienz und die Erzeugung nachhaltiger Energien sind die Grundpfeiler des *TEPOS*-Netzwerks. Sie gründen auf dem dreiteiligen *Negawatt*-Ansatz, der nach einem französischen Verein benannt ist, der ein Zukunftsszenario für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 entworfen hat.

Einen Teilnehmer des Besuchs in Meys inspirierte diese Errungenschaften besonders: Michel Renaudet, den stellvertretenden Bürgermeister des Ortes Muttersholtz im Elsass. In dieser Kommune, in der ökologische Transformation und deutsch-französische Zusammenarbeit Hand in Hand gehen, ist der energiepositive

Ansatz auch ein finanzieller Erfolg. Die Wasserturbinen, die dank der Finanzierung durch die Ausschreibung für Gebiete mit positiver Energiebilanz für grünes Wachstum (frz.: *Territoires à Energie Positive pour la Croissance Verte*, kurz: *TEPcv*) des französischen Amts für ökologischen Wandel *ADEME* installiert wurden, produzieren dreimal mehr Energie als für die Deckung des kommunalen Bedarfs erforderlich ist. Durch eine groß angelegte Maßnahme, die darauf abzielte, die Verbraucher:innen in die Verantwortung zu nehmen, konnte der Verbrauch weiter reduziert werden. In Muttersholtz geht der noch Wandel weiter und hat auch eine soziale Dimension: Das Dorfzentrum wurde zu einer Fußgängerzone mit überdachtem Treffpunkt umgestaltet. Die Einweihung der „Halle der Synergien“ im Juli 2023 war der bisherige Höhepunkt des Ansatzes, der auch auf Geselligkeit und Zusammenleben ausgerichtet ist.



Die „Halle der Synergien“, ein neuer Treffpunkt im Herzen von Muttersholtz | Foto: AFR

Ländlich, gesellig, kreativ

Diese Geselligkeit erstreckte sich auch auf das *TEPOS*-Treffen. Am Ende eines arbeitsreichen Tages trafen sich die Teilnehmenden zu musikalischen Abenden und anregenden Begegnungen. Nach dreizehn Veranstaltungen, die jeweils die Gelegenheit boten, in die Einzigartigkeiten einer Region einzutauchen, waren die Gesichter vertraut und die Wiedersehensfreude groß.

Die Mehrheit der anwesenden Akteur:innen kam aus ländlichen Regionen, wo die Energiewende aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, dem Engagement entschlossener Gemeindeteams wie in Muttersholtz oder durch Bürgerinitiativen vorangetrieben wird. Diese Beobachtung unterstreicht die Bedeutung regionaler Innovationskraft, um weitreichende Veränderungen zu bewirken. Genau hier setzt das Deutsch-Französische Zukunftswerk an, wo der Dialog von den Beteiligten selbst begonnen und gemeinsam über zukunftsweisende Fragestellungen nachgedacht wird.

In Deutschland gibt es ein Pendant zu diesen energiepositiven Regionen. Die Gemeinde Hoort im Amt Hagenow-Land ist ebenfalls eine Partnerkommune des Zukunftswerks. Mit ihrem Windpark, der zu 95 Prozent von den Bürger:innen finanziert wird, produziert die Kommune erneuerbare Energie und teilt die Gewinne mit den Einwohner:innen, die Anteile an der Anlage erworben haben. Diese inspirierenden Beispiele

deutscher und französischer Kommunen, die sich für die Energiewende einsetzen, stärkt das Deutsch-Französische Zukunftswerk in seiner Funktion als Plattform für innovative Regionen in beide Ländern.

Ein Rückblick auf die ersten Jahre des Deutsch-Französischen Zukunftswerks von Gilles de Margerie

Gilles de Margerie, seit 2018 an der Spitze von France Stratégie, hat seit der Gründung des Deutsch-Französischen Zukunftswerks im Jahr 2020 die Aufgabe als dessen französischer Direktor übernommen. Im Gespräch mit seinem deutschen Amtskollegen Frank Baasner zieht er am Ende seiner Amtszeit als Generalkommissar eine erste Bilanz der Arbeit des Zukunftswerks.



Foto: Nadine Stegemann

15.11.2023

Interview auf Französisch geführt und ins Deutsche übersetzt von Prof. Dr. Frank Baasner

Sie haben die Anfänge dieser neuen Initiative für deutsch-französische Zusammenarbeit, die durch den Vertrag von Aachen ins Leben gerufen wurde, mitgestaltet. Welche Höhepunkte sind Ihnen nach fast vier Jahren besonders in Erinnerung geblieben?

Die grundlegende Überzeugung bei der Gründung des Deutsch-Französischen Zukunftswerks war, dass in den Gesellschaften unserer beiden Länder tiefgreifende Transformationen stattfinden, fast unbemerkt, abseits des Scheinwerferlichts, zu denselben Themen. Diese Transformationen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, das Tableau der kommenden politischen Reformen zu skizzieren, die erfolgreich umgesetzt werden können. Sie sind jedoch nicht ausreichend im Bewusstsein der Akteur:innen verankert, um die volle, ihnen innewohnende Wirkung zu entfalten.

Es war daher ein wichtiges Anliegen, neue Dialogformen zu schaffen, die es den Bürger:innen beider Länder ermöglichen, sich als Teil der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, ihren Regierungen und allen ihren öffentlichen Institutionen zu begreifen. Ebenso wichtig ist es, den Verantwortlichen – dem deutsch-

französischen Ministerrat, der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung und ihrem Präsidium – diese erfolgreichen Erfahrungen unmittelbar zur Kenntnis zu bringen, damit sie deren Handeln inspirieren können.

Was hat der „Bottom-up“-Ansatz, der für die ersten Jahre gewählt wurde, gebracht?

Die Erfahrungen der ersten beiden Arbeitszyklen haben die ursprüngliche Intuition, die zur Gründung des Zukunftswerks führte, bestätigt. Nachdem das Thema eines Jahreszyklus festgelegt worden ist, identifizieren die Teams des Co-Sekretariats des Zukunftswerks interessante Projekte, die von lokalen Akteur:innen, meist von Gebietskörperschaften, getragen werden, und schlagen ihren Leiter:innen vor, sich an dem Austauschprozess zu beteiligen. Sobald einige Projekte in jedem Land ausgewählt sind, treffen sich deren Akteur:innen, tauschen Erfahrungen aus, identifizieren gemeinsame Probleme, die sie haben, sowie Lösungsansätze, die in Betracht gezogen und umgesetzt werden. Diese Phase ist von entscheidender Bedeutung. Hier entscheidet sich der Erfolg des gesamten Diskussionsprozesses. Zu den erfreulichsten Dingen gehörte die Erkenntnis, wie nah die Sorgen und Lösungsansätze in beiden Ländern beieinanderlagen. Die institutionellen, rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen sind sicherlich unterschiedlich. Nicht aber die Themen und die möglichen Formen, sich ihrer anzunehmen.

Dies dient dann als Grundlage für die Arbeit der Kerngruppe des jeweiligen Zyklus: Etwa 50 Personen, darunter natürlich Vertreter:innen aller Projektträger, die zu gleichen Teilen aus den beiden Ländern kommen, treffen sich in dem sogenannten „Resonanzraum“ – eine transdisziplinäre und binationale Gruppe, die sich insgesamt dreimal zu einem längeren Austausch trifft, um aus den gemeinsamen Erfahrungen der Gebietskörperschaften Kapital zu schlagen und politische Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Dieser Arbeitsprozess erfordert ein großes Engagement: zwei zweitägige Präsenzseminare und dazwischen eine Reihe von thematischen Treffen per Videokonferenz. Auch hier war die Qualität des Austauschs ausgezeichnet und es entstanden intensive Verbindungen zwischen den Akteur:innen, Expert:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Verwaltungen, die im Resonanzraum zusammenkommen. Die Empfehlungen, die zu den beiden bisher behandelten Themen – erstens die Rolle der Gebietskörperschaften und ihrer Bürger:innen bei der ökologischen Transformation, und zweitens Initiativen für eine nachhaltige Stadtentwicklung – erarbeitet wurden, sind sowohl ehrgeizig als auch glaubwürdig.

In welchen Bereichen hat der deutsch-französische Dialog einen Mehrwert gebracht?

Das Zukunftswerk ist mittlerweile zu einem der relevanten Foren des deutsch-französischen Dialogs geworden – ein Dialog an der Schnittstelle zwischen den gesellschaftlichen Veränderungen in beiden Ländern und ihrer institutionellen Umsetzung, ein Dialog, der zu Handlungsempfehlungen führt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Zukunftswerk von der bewährten Tradition des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder. Es unterscheidet sich aber auch von den verschiedenen Formen des Regierungsdialogs – und unterliegt nicht denselben Zwängen.

Die Themen der ersten beiden Arbeitszyklen waren in Politikbereiche eingebettet, deren Umsetzung in Deutschland und Frankreich sich deutlich voneinander unterscheiden, aber gleichzeitig auch recht nahe bei einander liegen konnte. Der Beitrag des Zukunftswerks bestand darin, die Konvergenz von Diagnosen und Lösungsansätzen herauszustellen und so deren Reichweite und Relevanz zu erhöhen.

Das Thema des dritten Zyklus, der gerade erst begonnen hat, ist die Energiewende. Es ist klar, dass dieses Thema in den Beziehungen zwischen den beiden Regierungen sehr viel komplizierter ist, da grundlegende Entscheidungen, insbesondere über den Stellenwert der Kernenergie, zum Teil weit auseinander liegen. Gleichzeitig kann auf lokaler Ebene viel für Energieeffizienz, Suffizienz und innovative Lösungen im Bereich der kohlenstoffarmen Nutzung getan werden, und in den Gebietskörperschaften beider Länder wird auch tatsächlich viel getan. Dadurch werden die potenziellen Gegensätze zwar nicht überwunden, aber sie werden in ein differenzierteres Gesamtbild eingebettet. Mit dem Thema des dritten Arbeitszyklus steht das Zukunftswerk vor einer neuen und großen Herausforderung – und es kann sich bemühen, hier einen signifikanten Mehrwert zu erzielen.

Wenn Sie drei Themen nennen müssten, die in den vom Zukunftswerk erarbeiteten Empfehlungen besonders wichtig sind, welche wären das?

Der Zyklus über die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im ökologischen Wandel hat die Vielzahl der Wege aufgezeigt, mit denen sie einen konkreten Beitrag leisten können. Ein besonders anschauliches Beispiel war ihre Rolle im Bereich der Ernährung, insbesondere in Schulkantinen und anderen Formen der Gemeinschaftsverpflegung. Dort lassen sich gute Konsumgewohnheiten entwickeln und Entscheidungen für einen Konsum fördern, der näher an der lokalen Produktion liegt, den Umweltbedingungen der Lebensmittelproduktion mehr Aufmerksamkeit schenkt und zudem gesünder ist.

Im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung wurde sehr schnell klar, dass die Verfügung über den öffentlichen Raum die Entwicklung der Verteilung der Funktionen – Wohnungen, Fabriken, Büros, Geschäfte, öffentliche Dienstleistungen – bedingt. Eine gezielte Gestaltung des öffentlichen Raums eröffnet die Möglichkeit, sich in Richtung grünerer Städte zu bewegen, sanftere Mobilitätsformen zu begünstigen und die Lebensqualität zu erhöhen. Um dies zu erreichen, müssen die Organisation des Verkehrs, die Stadtplanung und Initiativen zur Begrünung schon früh in den Überlegungen miteinander verknüpft werden.

In den ersten beiden Arbeitszyklen gab es einen gemeinsamen Faktor: die Notwendigkeit für die Gemeinden, sich sinnvolle Wege zu überlegen, wie sie ihre Bürger:innen in die Entscheidungsfindung einbeziehen können. Niemand soll sich vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen fühlen, aber dieser muss innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen werden können. Die gewählten Volksvertreter:innen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich das letzte Wort haben, müssen die Möglichkeit haben, ihre Entscheidungen unter Bedingungen zu treffen, die als demokratisch gestaltet und damit dauerhaft legitimiert anerkannt werden.

Wenn Sie an die nächsten Jahre der Tätigkeit des Zukunftswerks denken, wo sehen Sie Potenzial, um dieses wichtige Instrument der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu verbessern?

Die am deutsch-französischen Dialog beteiligten Kreise kennen das Zukunftswerk und schätzen seine Arbeit. Fachleute für den ökologischen Wandel oder die nachhaltige Stadtentwicklung haben die Empfehlungen zur Kenntnis genommen. Nun gilt es, dieses Publikum zu vergrößern und seine territoriale Verankerung auszuweiten und zu vertiefen. Es wird darum gehen, auf Dauer eine enge Verbindung zu all den Gebietskörperschaften aufrechtzuerhalten, die sich von Anfang an engagiert haben, und dabei geht es um einen größeren Kreis als den der Schlüsselakteur:innen der ersten drei Arbeitszyklen. Dieses langsam entstehende Netzwerk müssen wir ausbauen und lebendig halten; die Anzahl der beteiligten Akteur:innen muss erhöht werden – all dies sind mögliche Zukunftsperspektiven. Das Zukunftswerk hat eine solide Arbeitsmethode entwickelt. Nun muss sie mit Leben erfüllt werden und der Ansatz und die Ergebnisse müssen in unseren beiden Ländern bekannt gemacht werden.



Veranstaltungen des Zukunftswerks und seiner Partner:innen



Vergangene Veranstaltungen:

- **Vom 18. bis 19. Oktober 2023** fand in Berlin das Auftakttreffen des neuen Arbeitszyklus des Zukunftswerks statt, der sich der kommunalen Energiewende widmet. Beim Treffen kamen Vertreter:innen aus deutschen und französischen Kommunen zusammen, die sich zu ihren Erfahrungen, Strategien und Fragen zur Umsetzung der Energiewende austauschten.
- **Vom 7. bis 8. November 2023** haben das Zukunftswerk, das Klimabündnis und Energy Cities Akteur:innen aus deutschen und französischen Kommunen nach Saarbrücken eingeladen, um sich über die Chancen und Herausforderungen der energetischen Gebäudesanierung auszutauschen.
- **Vom 6. bis 8. November 2023** fand in Marburg eine europäische Konferenz zur Resilienz von Nahrungsmittelsystemen statt: Eine gute Gelegenheit für das Zukunftswerk, sich nach der Veröffentlichung einer Handlungsempfehlung im Jahr 2022 zum Thema an den Debatten zu beteiligen.
- **Am 22. November 2023** Im Rahmen des *Salon des maires* in Paris, einer bedeutenden Messe für französische Kommunen und Gebietskörperschaften, spricht Sarah Bronsard mit Mitgliedern der deutsch-französischen Resonanzräume über die Handlungsempfehlungen, die im Januar veröffentlicht werden. Das Video finden Sie [hier](#).

Zukünftige Veranstaltungen:

- **29. November 2023** Wie können wir unsere kollektiven Organisationsformen überdenken, um Gebäude suffizienter zu nutzen? Barbara Nicoloso, Geschäftsführerin des französischen Vereins Virage Énergie, ist zu Gast in unserer Transformationsküche. Sie spricht darüber, was Kommunen wie anpacken können, um ihren Energie- und Flächengebrauch zu senken.
- **6. Dezember 2023** In Partnerschaft mit der Deutschen Botschaft in Frankreich organisiert das Deutsch-Französische Büro für die Energiewende (DFBEW) einen politischen Abend zum Thema "Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Industriestandorte in Frankreich und Deutschland: Der Einfluss der europäischen Green Deal Instrumente".
- **11. Dezember 2023** Energy cities organisiert ein Webinar zum Thema "Lokale Wärmeplanung - eine neue europäische Verpflichtung, französische und deutsche Erfahrungen."

— **18. Januar 2024** Das Zukunftswerk veröffentlicht seine Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit einer Pressekonferenz und einem Festakt im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin.

[Sie finden alle Artikel auf unserer Website!](#)

Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Sekretariat Berlin

Research Institute for Sustainability (RIFS) au Helmholtz
Centre Potsdam
Joachimsthaler Straße 10
10719 Berlin
Allemagne
<https://forumpourlavenir.eu>
info@df-zukunftswerk.eu

Forum pour l'avenir Franco-Allemand

Sekretariat Paris

France Stratégie
20 avenue de Ségur
75007 Paris
France
forumpourlavenir@strategie.gouv.fr



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM

